

Nach dem Zapfenstreich 'Neue Traditionen'

Auf einer hochrangigen Tagung in Berlin geloben Deutsche und Amerikaner ewige Freundschaft

Von Josef Joffe

Berlin, 12. September - Weder Paradox noch Oxymoron (Widerspruch in sich selbst) wollte die Konferenz sein, sondern unter dem Motto 'New Traditions' ein Fundament für das künftige deutsch-amerikanische Verhältnis gießen - just an dem Wochenende, da die 'alte Tradition' mit dem Abzug der letzten US-Truppen aus Berlin beendet wurde.

Der scheidende Botschafter Richard Holbrooke hatte sich die Tagung ausgedacht und Bürgermeister Diepgen als Ko-Sponsor gewonnen. Gekommen sind sie alle: Der Kanzler und sein SPD-Rivale, Verteidigungsminister Rühle und sein amerikanischer Kollege Perry, Henry Kissinger und Fraktionschef Schäuble, Generalitäten der Vier-Sterne-Klasse, dazu die Spitzen des Big Business aus beiden Ländern, die zusammen wohl eine Billion Jahresumsatz repräsentierten. Elektronisch - per Satelliten-Verbindung - war auch Vizepräsident Gore dabei.

Und alle predigten das gleiche, was Gore sagte, war pars pro toto: 'Der Rückzug unserer Truppen bedeutet nicht, daß wir uns in Zukunft mit geringerem Engagement für Sicherheit, Wohlstand und strategische Partnerschaft mit unseren europäischen Verbündeten einsetzen werden.' Dito Kohl: In dem 'festen Haus Europa' müßten die Amerikaner für alle Zeiten eine Wohnung haben'. Und: Die Deutschen würden nie vergessen, 'wer die Freunde in der Not waren'. Daß er in sei-

ner Einstundenrede noch vieles, vieles einflocht, was an das deutsche Wahlvolk gerichtet war, sei ihm verziehen, garantiert doch ein Platz in der Geschichte noch nicht den Chefessel am Kabinetttisch.

Auch Rudolf Scharping mischte beim Frühstück Historisches mit Näherliegendem. Den amerikanischen und deutschen Wirtschaftsbossen bot er gar Tröstliches: Deutsche und Amerikaner dürften nicht auseinanderdriften, auch er, der Sozialdemokrat, meine, daß 'Steuern und Arbeitskosten in Deutschland entschieden zu hoch' seien, dergleichen die Staatsquote. Außerdem werde es keine deutsche Regierung geben, 'die von der PDS abhängt'. Was denn dann der Unterschied zwischen ihm und Kohl sei, wollte ein Amerikaner wissen.

Der prägnanteste Unterschied wurde in einem ganz anderen Quartier sichtbar. Zum erstenmal drückte Verteidigungsminister Rühle offen aus, was jeder stillschweigend akzeptiert: 'Rußland kann nicht integriert werden, weder in die EU noch in die NATO.' Auf jeden Fall maximale Kooperation mit Rußland, aber dessen Mitgliedschaft in den westlichen Gemeinschaften würde diese Institutionen sprengen. Um so mehr seien Polen, Ungarn, Tschechen und Slowaken die 'Hauptkandidaten' für EU und NATO. In beiden Fällen sollte man keinerlei Zweideutigkeiten pflegen.

Zweideutiger und gnädiger waren sowohl

Gore als auch Perry. Der Vize ließ die Frage offen und will Rußland 'mehr und mehr als Partner betrachten'. Perry predigte das So-wohl-Als-auch: 'Wir können Rußland nicht ausgrenzen, ihm aber auch keine Sonderrechte einräumen.' Ansonsten betonte er noch einmal das Offenkundige: 'Dies ist das erste Mal in der Geschichte, wo Bürger Tränen vergießen, wenn die (amerikanischen) Besatzer abziehen.'

Pessimistischer noch als Rühle gab sich Kissinger: '400 Jahre lang hat Rußland expandiert; das läßt auf einen gewissen Hang dazu schließen.' Ergo gehöre Ostmitteleuropa in die NATO und die EU, nicht aber Rußland. Um so mehr 'müssen wir Sorge dafür tragen, daß die gemeinsamen Interessen der USA und Europa sich nicht auflösen'.

Welche neuen Traditionen sollten aber an die Stelle der alten treten, die nun mit Zapfenstreich und Tränen in die Geschichte verabschiedet wurden? Edzard Reuter, der Daimler-Chef, will eine 'transatlantische Freihandelszone' - ein ausgezeichnete Vorschlag, der freilich noch viele protektionistische Hürden überwinden muß. Ganz konkret soll die US-Militärpräsenz durch eine 'Amerikanische Akademie' in Berlin ersetzt werden; als Schirmherren fungieren Kissinger und Weizsäcker. Eine wunderschöne Idee, aber für das passende Haus will der Berliner Senat, so heißt es, 30 000 Mark Miete im Monat haben.